



EINBLICK

NACHRICHTEN AUS MEINEM WAHLKREIS UND BERLIN

IN DIESER AUSGABE:

Rosen, Reisen, Randnotizen— Meine Wahlkreis- tour 2009	2
Gastbeitrag im „Vorwärts“: Plä- doyer für einen heißen Wahlkampf	3
Aufatmen in Bad Wurzach: Kreisver- kehr wird gebaut	4
Ortsumfahrung B 311 Unlingen rückt in greifbare Nähe	4
Finanzstaatssekre- tärin Kressl in Bi- berach: „Verluste werden nicht vom Steuerzahler getra- gen“	5
Pressenachlese	6

Am 27. September: Deutschland auf klaren Kurs bringen!

Die Bundestagswahlen am 27. September werden entscheiden, welchen Weg Deutschland in der stürmischen See der politischen Gegenwart nehmen wird. Wer soll das Steuer führen? Und wohin geht die Reise? Unser Land braucht einen klaren Kurs und klare Ziele. Klar ist, die Ideologie der ungezügelter Marktfreiheit hat in den vergangenen Jahren Schiffbruch erlitten. Die Folgen baden auch unsere Bürgerinnen und Bürger, unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten aus. In diesen Zeiten erwarten die Menschen von der Politik Antworten.

Unsere politische Konkurrenz bleibt inhaltlich seicht und verspricht ein vages Zurück in sichere Gewässer. Oder verkündet vollmundig einen Aufbruch zu neuen Ufern, ohne Kompass für die sozialen und ökonomischen Realitäten.

Die SPD hat klare Positionen bezogen und orientiert sich am Ziel einer solidarischen Gesellschaft, die Chancengleichheit bietet, Lasten und Risiken sozial gerecht verteilt. Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn. Wir stehen für ein Recht auf Bildung für alle Menschen: Ohne Gebühren - von der Kita bis zur Uni. Wir setzen auf Klimaschutz und Wirtschaftswachstum durch Zukunftstechnologien statt auf ein kurzsichtiges Zurück zur Atomkraft. Wir fordern klare Regeln für die Finanzwirtschaft und fördern Investitionen statt Spekulationen. Wir werden Familien über alle Generationen - von der Kinderbetreuung bis ins hohe Alter - weiter unterstützen und stehen für ein tolerantes und weltoffenes Deutschland.

Auch ich habe immer wieder klar Position bezogen: Im direkten Gespräch mit den Menschen, auf Wochenmärkten und Podiumsdiskussionen. Auch im Internet, wo ich auf Plattformen wie www.wen-waehlen.de oder www.abgeordnetenwatch.de Stellung zu meinen politischen Ansichten genommen habe. In den vergangenen vier Jahren habe ich in Berlin für die Verwirklichung dieser Vorstellungen gearbeitet. Diese Arbeit will ich mit kräftigem Rückenwind aus meiner Heimatregion fortsetzen. Jetzt liegt es in den Händen der Wählerinnen und Wähler, unser Land auf den richtigen Kurs zu bringen.

**Am 27. September:
Erststimme Martin Gerster - Zweitstimme SPD!**



*Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger,*

mit der Bundestagswahl am 27. September neigt sich meine erste Legislaturperiode im Deutschen Bundestag dem Ende zu. Ich bin optimistisch, dass eine weitere folgen wird.

Dennoch ist jetzt Zeit, Danke zu sagen. Danke für die Unterstützung und kritische Begleitung meiner Tätigkeit als Mitglied des Deutschen Bundestags. Ich habe in den vergangenen Jahren viele Menschen kennengelernt, etwas über ihre Sorgen und Nöte, ihre Wünsche und Hoffnungen erfahren dürfen und mich in vielerlei Hinsicht konstruktiv einbringen können.

Am 27. September werden wir am Abend erfahren, ob ich meine Arbeit fortsetzen kann. Ich möchte Sie deshalb herzlich einladen, am Sonntag Abend zu unserer Wahlparty ins Café Correct am Hafenplatz beim Rathaus Biberach zu kommen. Wir werden dort ab 17 Uhr den Wahlabend gemeinsam erleben. Über Ihr Kommen würde ich mich sehr freuen.

Alles Gute, herzliche Grüße
Ihr

ROSEN, REISEN, RANDNOTIZEN – MEINE WAHLKREISTOUR 2009

Seit Mitte August war ich unterwegs, um alle 49 Gemeinden des Wahlkreises zu besuchen, die Menschen von meiner Arbeit zu überzeugen und um ihre Unterstützung bei der anstehenden Bundestagswahl zu werben. Ich habe an über 4000 Haustüren geklingelt, ebenso viele rote Rosen verteilt und Gespräche mit den Bürgern geführt.

Von Kißlegg im südlichen, Burgrieden im nördlichen, Berkheim im östlichen bis Langenenslingen im westlichen Teil des neuzugeschnittenen Wahlkreises 292 bin ich auf meiner Sommertour von Gemeinde zu Gemeinde gezogen.

Dabei wurde ich bei jedem der Besuche von zwei Helfern aus meinem „jungen Team“ begleitet. Denn nur so konnte ich mich voll und ganz auf die Bürgerinnen und Bürger und ihre Anliegen konzentrieren. Ich konnte zuhören und erklären, mein Team organisierte und plante unsere Routen und war immer zur Hand, wenn ich rote Rosen

oder andere kleine Präsente brauchte. Daneben hatte ich für meine Gesprächspartner auch Teilnahmekarten für ein kleines Gewinnspiel im Gepäck, die gleichzeitig an den Wahltermin am 27. September erinnerten.

Beim Gang von Haustür zu Haustür wurde ich stets freundlich empfangen. Auch für mich war diese Form der Kontaktaufnahme mit den Bürgern ein Novum. Umso überraschter und begeisterter war und bin ich, wie positiv die Reaktionen ausfielen. So hatte ich durchaus erwartet, dass mich hinter einigen der über 4000 Haustüren auch unzufriedene, verärgerte Bürger empfangen würden. Aber Fehlanzeige. Stattdessen konnte ich aus den Gesprächen sogar Motivation für kräftezehrenden Wahlkampf schöpfen.

Besonders erfreulich war dabei der Eindruck, dass unter den Bürgerinnen und Bürgern vornehmlich Zufriedenheit mit meiner Arbeit im Parlament und für den Wahlkreis herrscht.

Rückmeldungen von den verschiedensten Menschen einzuholen war ein wichtiges Ziel meiner Besuche. Sie helfen mir in der kommenden Legislaturperiode noch gezielter den Anliegen der Menschen im Wahlkreis nachzugehen.

Unabhängig von meiner Person scheinen auch die Themen der SPD in der Bevölkerung auf breite Unterstützung zu stoßen. Gerade in einer traditionell konservativen Gegend doppelt erfreulich. Das Wissen mit meinen politischen Ansichten auch in meiner Heimatregion Anklang finden, ist ein weiterer Ansporn, noch mehr Menschen von der SPD, Frank-Walter Steinmeier als zukünftigem Kanzler und von mir als ihrem Vertreter im deutschen Bundestag zu überzeugen.



GASTBEITRAG IM VORWÄRTS: „PLÄDOYER FÜR EINEN HEISSEN WAHLKAMPF“

Der Tenor der medialen Berichterstattung klingt ebenso trist wie einmütig: Selten ist ein Bundestagswahlkampf so lauwarm in seine heiße Phase gestartet. Die Bundeskanzlerin weiß, warum sie einer direkten thematischen Konfrontation aus dem Weg geht. Sie setzt auf populäre Personen um unpopuläre Programmatik zu kaschieren. Schwarz-gelb soll ein Schokopudding mit Vanillesoße bleiben, den niemand an die Wand nageln kann. Denn würde deutlich, wofür FDP und Union inhaltlich stehen, wäre der Ärger für die Kanzlerin vorprogrammiert.

Im Konrad-Adenauer-Haus hat man gelernt, dass man Wahlen vor allem dann verliert, wenn man die Wähler des politischen Gegners aufschreckt und sie dadurch an die Urnen treibt. Deshalb fährt man dort das Manöver „Dornröschenschlaf“ und versucht, alles zu vermeiden, was Nichtwähler und Anhänger anderer Parteien zur Stimmabgabe motivieren könnte.

Das ist nicht gut. Denn mit ihrer kurzsichtigen Strategie schadet die Union der politischen Kultur und letztendlich der Demokratie in Deutschland. Schließ-

lich lebt Demokratie von dem Gefühl, die Wahl zu haben. Wer wie die CDU den Menschen klare Alternativen verweigert, erschwert ihnen die Teilhabe am politischen Leben. Und bestärkt die Parteienverdrossenen auf ihrem Weg ins demokratische Abseits. Niedrige Wahlbeteiligungen, wie wir sie im Osten Deutschlands regelmäßig zur Kenntnis nehmen müssen, sind eindeutige Warnsignale. Vom Wiedereinzug der rechtsextremen NPD in ein Landesparlament ganz zu Schweigen.

Es ist deshalb wichtiger denn je, klare Position zu beziehen und mit den Menschen über die anstehenden Entscheidungen zu sprechen. Die Bundestagswahl wird darüber entscheiden, ob Deutschland das Zukunftspotential der erneuerbaren Energien für sich erschließt oder den sinnlosen Versuch unternimmt, die Uhren zurück ins Atomzeitalter zu drehen.

Diese Wahl wird entscheiden, ob wir ernsthaft aus dem Schiffbruch des marktliberalen Credos lernen wollen, das uns in die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise geführt hat. CDU/CSU und vor allem die FDP steuern hier bereits wieder die

Rückkehr ins alte Fahrwasser an.

Mit ihrer Stimme können sich die Menschen für eine Politik aussprechen, die Arbeitnehmerrechte respektiert und sicherstellt, dass Beschäftigte in Deutschland vom Lohn ihrer Arbeit auch leben können. Kurzum: Am 27. September steht die Frage zur Entscheidung an, in welcher Gesellschaft wir zukünftig leben wollen, was wir unter sozialer Gerechtigkeit verstehen und welchen Stellenwert diese für das Miteinander der Menschen haben soll.

Politik lebt von der klaren Position, der hitzigen Debatte. Politik ist Wettbewerb der Ideen und notwendiger Streit um gesellschaftliche Entwürfe. Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokraten, die Menschen für diese Debatten zu begeistern und auch all jene für die Demokratie zurückzugewinnen, die sich enttäuscht oder gelangweilt abgewendet haben. Zeigen wir den Menschen, dass sie die Wahl haben!



Dieser Artikel ist in der Oktober-Ausgabe des Vorwärts Baden-Württemberg erschienen

AUFATMEN IN BAD WURZACH: KREISVERKEHR WIRD GEBAUT

Nur eine Woche, nachdem ich Staatssekretärin Karin Roth eine Unterschriftenliste der Bad Wurzacher Bürgerinitiative „Kreisverkehr Ziegelwiese“ überreicht habe, gibt es positive Nachrichten aus dem Berliner Verkehrsministerium: Der von der BI geforderte Kreisverkehr an der Kreuzung B 465 – Ziegelwiesenweg kann gebaut werden.

Das Bundesverkehrsministerium ist in Übereinstimmung mit mir und der Bürgerinitiative der Ansicht, dass die Kreuzung an der Einmündung des Ziegelwiesenwegs in die B 465 - auf Grund

der durch Bebauung eingeschränkten Sicht - problematisch ist. Eine inzwischen angeforderte Statistik der Polizei weist die Kreuzung als Unfallschwerpunkt aus. Darüber hinaus bestätigte die Polizei dem Ministerium, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h häufig nicht eingehalten wird.

In wenigen Wochen wird die Straßenbauverwaltung die für den Umbau notwendige Planung in Auftrag geben. Die Stadt Bad Wurzach hat dem Bund als Straßenbaulastträger bereits zugesichert, ein Drittel der Kosten von circa 350.000

Euro zu übernehmen. Ich hoffe, dass schon im Rahmen der Haushaltsberatungen im Herbst die restlichen zwei Drittel der Mittel vom Bund bereitgestellt werden, damit noch 2010 der Spatenstich erfolgen kann.



Friedrich-Thorsten Müller, Vorsitzender der BI, übergibt Unterschriften an Martin Gerster

ORTSUMFAHRUNG B 311 UNLINGEN RÜCKT IN GREIFBARE NÄHE

Bei einem Gespräch mit Staatssekretärin Karin Roth in Berlin, das ich auf Anfrage von Unlingens Bürgermeister Richard Mück möglich gemacht hatte, ging es um die schnelle Realisierung der Ortsumfahrung Unlingen entlang der B 311.

Nachdem bekannt wurde, dass noch im September der Planfeststellungsbeschluss vom Regierungspräsidium verschickt wird, kann mit dem Bau der Ortsumfahrung begonnen werden, sobald der Beschluss rechtskräftig ist.

Bürgermeister Mück unterstrich der Staatssekretärin und mir gegenüber die Dringlichkeit der Ortsumfahrung, indem er auf zahlreiche schwere LKW-Unfälle in der Ortsmitte verwies.

Ohne die massiven Einwände einiger Grundstückseigentümer gegen die Ortsumfahrung hätte mit dem Bau schon begonnen werden und über die vom Bundestag beschlossenen Konjunkturpakete finanziert werden können.

So ist es derzeit noch nicht möglich, konkrete



Stv. Bürgermeister Wolfgang Winkler, Martin Gerster, PStS Karin Roth, Franz Römer, Bürgermeister Richard Mück (v. l.)

Aussagen über den Spatenstich zu machen. Gemeinsam mit allen Beteiligten hoffe ich aber auf einen Baubeginn innerhalb der nächsten 24 Monate.

FINANZSTAATSEKRETÄRIN NICOLETTE KRESSL IN BIBERACH: "VERLUSTE WERDEN NICHT VOM STEUERZAHLER GETRAGEN"

"Ich habe noch keine Finanzausschusssitzung erlebt, bei der es so ruhig zugeht", so mein augenzwinkerndes Fazit nach zweieinhalb Stunden reger Diskussion. Zum Thema „Die Bankenlandschaft in und nach der Krise“ waren Nicolette Kressl MdB, parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesfinanzminister, und der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Nils Schmid, nach Biberach gekommen. Dort erläuterten sie vor rund 70 Zuhörern, darunter zahlreichen Vertretern kleiner Kreditinstitute aus dem Landkreis, warum die verschiedenen Bankenrettungsmaßnahmen der vergangenen Monate im Gemeinwohlinteresse waren.

Dabei gelang es ihnen in verständlichen Worten die Notwendigkeit der Maßnahmen darzulegen. Unsere beiden Finanzexperten aus Bund und Land zeigten auf, dass die leichtfertige Kreditvergabe, die in den Vereinigten Staaten den Ursprung der Krise gebildet hatte, in Deutschland mit seinem dreigliedrigen System aus Geschäftsbanken, Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken so kaum möglich gewesen wäre.

"Ich bin froh, dass es seriös wirtschaftende

regionale Institute gab, die jetzt auch ohne Staatshilfe aus Eigenmitteln weiter Kredite vergeben können", machte Kressl die Notwendigkeit einer vielfältigen Bankenlandschaft deutlich, die es zu verteidigen gelte. „Denn die kleinen und mittleren Unternehmen sind darauf angewiesen, dass sie weiterhin Kredite bekommen, dazu dienen unsere Maßnahmen.“

Eine Vertrauenskrise der Banken untereinander habe schon länger bestanden, nur sei sie durch den Lehman-Brothers-Zusammenbruch besonders verschlimmert worden: "Ohne den Lehman-Fall hätte es vieles nicht gegeben," betonte Nicolette Kressl. Dadurch hätte der Geldfluss zwischen den Banken selbst zum Erliegen kommen können, deshalb sei im Spätherbst 2008 kurzfristiges Krisenmanagement von Parlament und Regierung nötig geworden. Die Finanzwirtschaft habe seither bei einem Gesamtrahmen von 400 Milliarden an Bürgschaften 130 Milliarden Euro in Anspruch genommen – gegen Gebühr: "Das hat bisher einen dreistelligen Millionenbetrag an Gebühreneinnahmen gebracht."

Die anwesenden Sparkassen- und Volksbank-Vertreter lobten zwar die



Dr. Nils Schmid MdL, Staatssekretärin Nicolette Kressl und Martin Gerster MdB

Rettungsmaßnahmen, kritisierten jedoch wachsende Bürokratie und ihrer Ansicht nach unnötigen Gesetzesaktionismus als kontraproduktiv, beispielsweise die von der SPD geforderte Börsenumsatzsteuer. Diese belaste nur Privatleute, weil Finanzinstitute ihre Transaktionen meist außerhalb der Börsen vornehmen. "Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, diese Transaktionen zu besteuern", so Nicolette Kressl. Die SPD sei außerdem im Gegensatz zum bisherigen Koalitionspartner CDU/CSU für die gesetzliche Begrenzung der Managervergütungen, Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit von Abfindungen und eine gesetzliche Gemeinwohlorientierung von Aktiengesellschaften. "Beispielsweise bei den Steueroasen haben wir schon viel erreicht", verwies sie aber auch auf den nächsten G20-Gipfel: "Vieles lässt sich nur international regeln."

Impressum:**Martin Gerster, MdB**

Büro Berlin:
 Deutscher Bundestag
 11011 Berlin
 Telefon: (030) 227 74711
 Fax: (030) 227 76721
 E-Mail: martin.gerster@bundestag.de

Bürgerbüro Biberach:
 Poststraße 7
 88400 Biberach
 Telefon: (07351) 300 3000
 Fax: (07351) 300 3001
 E-Mail: martin.gerster@wk.bundestag.de

V.i.S.d.P.

Martin Gerster, MdB

Redaktion und Layout

- Berlin:
 Beate Klein
 Oliver Stegemann
 Alexander Geisler

- Biberach:
 Wolfgang Heinzel

Die Redaktion freut sich
 über Kritik und Anregungen.

**Einladung zur Wahl-
party am Sonntag**

Ich lade Sie herzlich ein,
 am

**Sonntag, 27.9.2009,
 ab 17 Uhr
 im Café Correct, Hafensplatz**

mit mir gemeinsam den
 Ausgang der Bundestags-
 wahl zu verfolgen.

Rückmeldung:

Wenn Sie den „Einblick“
 künftig nicht mehr erhalten
 möchten, schicken Sie bitte
 eine Mail an mein Büro:
 martin.gerster@bundestag.de

**BIBERACHER LÖCHERN BRIGITTE ZYPRIES
MIT FRAGEN**

(Artikel von Philipp Richter, Schwäbische
 Zeitung, Ausgabe Biberach)

07.09.2009 - BIBERACH - Harte
 Fragen hat Bundesjustizministe-
 rin Brigitte Zypries (SPD) gestern
 in der Kreisklinik in Biberach be-
 antworten müssen. Mehr als 100
 Zuhörer wollten wissen, was es
 mit der neuen Patientenverfü-
 gung auf sich hat, zu der die Re-
 gierung für den 1. September die-
 ses Jahres ein Gesetz verabschie-
 det hat.

Mit 20 Minuten Verspätung hat
 es Bundesjustizministerin Brigitte
 Zypries in die Kreisklinik Biberach
 geschafft. Sie war der Einladung
 des heimischen SPD-Bundestags-
 abgeordneten Martin Gerster ge-
 folgt. Doch das Warten hatte sich
 gelohnt. „Die kommt doch immer
 im Fernsehen“, staunte das zu-
 meist ältere Publikum. Mediziner,
 Rechtsanwälte und Menschen mit
 rein persönlichem Interesse kleb-
 ten an den Lippen der Politikerin,
 die es verstand, dem Publikum
 deutlich zu machen, wie wichtig
 eine Patientenverfügung für den
 Einzelnen ist.

„Was wird aus mir, wenn ich im
 Dauerkoma liege? Wen soll ich
 als meinen Bevollmächtigten
 bestimmen?“ Das waren die Fra-
 gen, die die Biberacher gestern
 besonders interessiert haben.
 Zypries stand Rede und Antwort.
 Erstaunlich nüchtern in Zeiten
 des Wahlkampfes präsentierte sie
 in einer Stunde, was die Bundes-
 regierung und das Parlament als
 Gesetz verabschiedet haben.



Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und Martin
 Gerster MdB

„Suchen Sie sich einen Bevollmäch-
 tigten. Ich plädiere dazu: ‚Machen
 Sie eine Patientenverfügung‘“, ap-
 pellierte die Ministerin. Denn in
 Zweifelsfällen ist es gerade für den
 Arzt wichtig, zu wissen, wie er die
 Situation einzuordnen hat. Ebenso
 sei die Verfügung für die Angehöri-
 gen wichtig: In Deutschland wird
 man nicht per Verwandtschaft und
 Ehe ein Bevollmächtigter. Es erleich-
 tere gerade den Ärzten ihren Beruf:
 Helfen sie einem Betroffenen nicht,
 ist das unterlassene Hilfeleistung.
 Existiert jedoch eine Patientenverfü-
 gung, kann sich ein Arzt auf diese
 berufen. Wichtig sei deshalb die prä-
 zise Formulierung. Zypries empfahl,
 sich eine vorgefertigte Verfügung
 des Justizministeriums oder der Ar-
 beiterwohlfahrt zuzulegen, bei der
 man seinen Willen ankreuzen kann.

Am Ende der Diskussion mit dem
 kritischen Publikum ließ es sich die
 Ministerin nicht nehmen, einen
 „Werbeblock“ für ihre Partei einzule-
 gen, eh sie sich mit dem Applaus der
 Biberacher auf den Weg nach Darm-
 stadt machte.